

BRP-Motoren für das US-Militär – rechtlich zulässig?

GUNSKIRCHEN/LINZ. Wie am Mittwochabend bekannt wurde, liefert der Gunskirchner Motorenhersteller BRP Powertrain seine Flugmotoren auch für „Predator“-Drohnen an das amerikanische Militär. Das sind jene unbemannten Drohnen, mit denen die Amerikaner den „Krieg gegen den Terror“ etwa in Afghanistan führen. Abgesehen von der moralischen Zwischmühle – darf eine österreichische Firma Waren für Militärwaffen liefern? Die OÖN fragten bei Walter Summersberger, Steuerrechts-Professor und Außenwirtschaftsrecht-Experte an der Linzer Kepler Uni, nach.

„Wird ein Gut zum Beispiel in eine Drohne eingesetzt, dann ist die Ausfuhr des Guts nur dann bewilligungspflichtig, wenn es in ein Waffenembargoland geliefert wird“, erklärt er. Zu diesen Ländern gehören etwa der Irak, Libyen oder Nordkorea. Meldepflicht besteht ebenso, wenn eine Ware konkret für ein Militärgut konstruiert wird. „Das muss dann unabhängig vom Land genehmigt werden. Auch, wenn es sich um Schrauben oder Dichtungsringe handelt“, sagt Summersberger. Sollten also die BRP-Motoren nicht speziell für Drohnen entwickelt worden sein (sondern für zivile Leichtflugzeuge), bestehe rein rechtlich auch keine Bewilligungspflicht, schätzt der Experte die Situation ein. BRP hätte somit kein Recht verletzt.

Solche Genehmigungsverfahren werden in Österreich über das Wirtschaftsministerium abgewickelt. Nach Abgabe dieser Meldung entscheidet die Behörde über die individuelle Verhängung einer Genehmigungspflicht für die konkrete Ausfuhr. In Deutschland gibt es eine eigene Agentur für solche Ausfuhr, die im Vergleich zu Österreich extrem streng prüft. (ee)

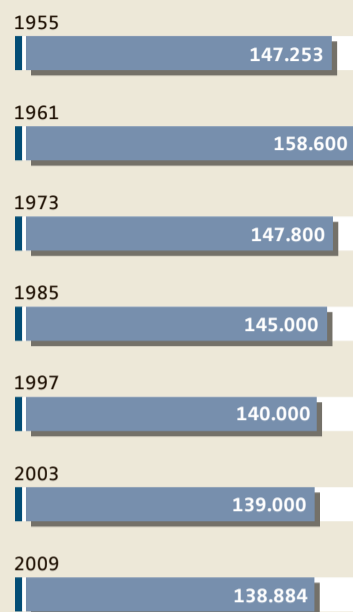
Überblick

Goldpreis setzt seinen Sinkflug weiter fort

LONDON. Der Goldpreis hat gestern seinen Sinkflug vom Vortag fortgesetzt und ist auf den tiefsten Stand seit vergangenen Sommer gerutscht. Händler erklärten den Preisrutsch des Edelmetalles mit Hinweisen auf ein vorzeitiges Ende der Anleihekäufe durch die amerikanische Notenbank. Der Dollar legte spürbar zu, was den Goldpreis belastete.

LANDWIRTSCHAFTSKAMMER OBERÖSTERREICH

Mitgliederzahl



Präsidenten



1933–1938 und 1945–1953
Peter Mandorfer
Waldneukirchen



1953–1958
Johann Blöchl
Lasberg



1958–1966
Johann Diwold
Ried in der Riedmark



1966–1984
Hans Lehner
Hörsching



1984–1990
Rudolf Gurtner
St. Georgen bei Obernberg



1990–2002
Hans Kletzmayr
St. Marien

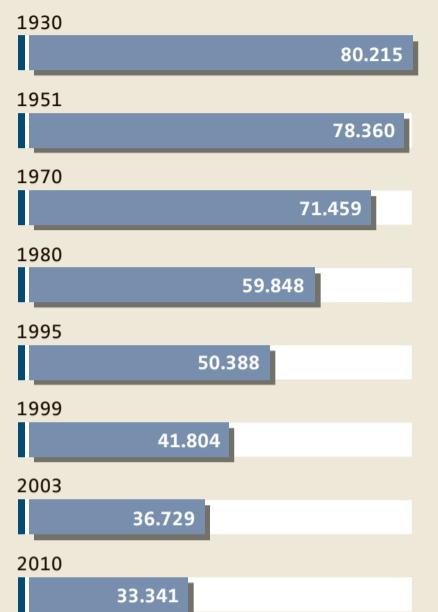


2002–2011
Hannes Herndl
Roßleithen



seit 2011
Franz Reisecker
St. Georgen bei Obernberg

Land- und forstwirtschaftliche Betriebe



Grafik: OÖN, Quelle: Statistik Austria, Landwirtschaftskammer OÖ, Fotos: Landwirtschaftskammer OÖ

80 Jahre Bauernkammer: Kriegswirren, Überschüsse und die große EU-Skepsis

Landwirtschaft geprägt vom Technik-, Strukturwandel und dem Kampf um Förderungen

LINZ. Die Gründung der Landwirtschaftskammer Oberösterreich jährt sich heute, Freitag, zum 80. Mal. Am 22. Februar 1933 konstituierte sich die Vollversammlung. In der unruhigen Zwischenkriegszeit sollte damit die Bauernschaft unterstützt werden, sagt die Historikerin Christine Stahl. Im Nationalsozialismus wurde die Kammer ausgeschaltet. Erzeugte Produkte waren an den Staat abzuliefern.

Nach 1945 spielten die Landwirtschaft und die Kammer eine wichtige Rolle bei der Ernährung der Bevölkerung. Besonders schlaube bei den Verhandlungen mit den Besatzungsmächten agiert, sagt Stahl. In den 1960er-Jahren setzte die Mechanisierungswelle ein, der technische Fortschritt machte Landarbeiter obsolet, Pferde wurden verkauft, Traktoren angeschafft. In den 70er- und 80er-Jahren produzierte die Agrarwirtschaft gesellschaftlich viel diskutierte Überschüsse. Dies mündete in der ökosozialen Agrarpolitik mit dem Anbau von Alternativkulturen und in den Anfängen des Biolandbaus.

Der EU-Beitritt Österreichs 1995 änderte alles. Die Marktordnung mit geregelten Preisen und einem beschränkten Markt ging zu Ende, die Bauern müssen sich seitdem

auf dem freien Markt behaupten. Die Preise für viele Erzeugnisse sanken, zuletzt nahmen die Schwankungen stark zu. Bauern wird von der Kammer empfohlen, einen Teil der Produktion mit Termingeschäften abzusichern und in gewissem Ausmaß zu spekulieren.

Preis- und Spardruck

Der Kammer stellte sich die Frage, eine reine Abwehrhaltung gegen die EU einzunehmen oder offensiv mitzuwirken. „Wir hatten recht, die zweite Variante zu wählen“, sagt der heutige Kammerpräsident Franz Reisecker, auch wenn viele Landwirte noch skeptisch sind. Nicht-EU-Länder hätten mit denselben Problemen zu kämpfen, nur profitierten deren Bauern nicht von

den Markt- und Exportmöglichkeiten, die die Union bietet.

„Die EU ist ein Sicherheitsnetz“, sagt der Kammerdirektor Friedrich Pernkopf. Er spricht die auf sieben Jahre festgelegten Förderungen und Ausgleichszahlungen an, die vor allem benachteiligten Gebieten wie Bergbauernregionen zugute kommen. Derzeit wird wieder darum gekämpft. Kürzungen auf EU-Ebene für die Budgetperiode 2014/20 müssten national ausgeglichen werden, fordert Reisecker.

Die wachsende Weltbevölkerung sieht die Kammer als Chance – auch für die trotz Bauernsterbens kleinstrukturierte heimische Landwirtschaft. Weil Produktpreise aber oft nicht die hohen Kosten abdecken, müssten Bauern ihre Ein-

nahmequellen streuen (Urlaub am Bauernhof, Direktvermarktung, Kommunales). Seit 1995 hat sich die Zahl der Nebenerwerbsbauern auf 16.400 halbiert. Der Haupterwerb ging um 1400 zurück, davor aber stärker. Die Zahl der Kammermitglieder schrumpfte seit 1933 insgesamt weniger stark, weil bereits Grundstückseigentümer ab zwei Hektar als Mitglieder zählen.

Wegen des Strukturwandels muss die Kammer sparen, die Umlage wurde erhöht. Nach zwei Verlustjahren gab es 2012 wieder eine „schwarze Null“. Politisch ist die Kammer in der Hand des ÖVP-Bauernbundes. SPÖ und FPÖ sind in der Vollversammlung ebenso wie der sehr kritische Unabhängige Bauernverband vertreten. (az)

„Gerade in der heutigen Zeit ist die Kammer eine gute Einrichtung. Die Landwirte brauchen sie vor allem bei der Abwicklung von Anträgen und in der Beratung. Es war aber natürlich

wichtig, dass auch die Kammer die Effizienz steigert und spart.“

Günther Fischer (48), Nebenerwerbs-Milchbauer aus Julbach



Foto: OÖN/fell

Die Kammer macht einen guten Job. In ihren Fachgebieten haben sie gute Leute. Das merkt man auch bei Bauverhandlungen. Das Kursprogramm ist in Ordnung. Ich habe kein Problem mit der Höhe der Kammerumlage.“

Stefan Lettner (31), Vollerwerbs-Getreide- und Geflügelbauer aus Buchkirchen



Foto: Lettner

Ich bin von der Interessenvertretung nicht überzeugt. Die Kammer setzt sich zu wenig ein, dass Unterschiede beseitigt werden oder das Fördergeld bei den Bauern ankommt.

Einzig die Rechtsvertretung und -beratung passt.“
Helmut Schönberger (45), Vollerwerbs-Schweinebauer aus Laakirchen



Foto: OÖN/ebra

Schwere Vorwürfe gegen ehemaligen Chef der Alpine Energie

Alpine bringt Anzeige wegen Aufträgen für HSS Solutions ein - Firma gehört Ex-Geschäftsführer Schnitzhofer und seiner Frau

Der Baukonzern **Alpine** hat gegen den ehemaligen Geschäftsführer der **Alpine Energie**, **Helmut Schnitzhofer**, Anzeige wegen des Verdachts der Untreue, Veruntreuung und schweren Betrugs eingebracht. Behauptet wird ein Schaden in Millionenhöhe.

Die Alpine bestätigt, dass sie Anzeige eingebracht habe. Schnitzhofer, der seit Dezember 2012 nicht mehr Geschäftsführer ist, sagt er wisse vom Inhalt der Anzeige noch nichts. Er weist aber grundsätzlich alle Vorwürfe zurück. Für ihn gilt

selbstverständlich die Unschuldvermutung.

Bei den Vorwürfen geht es um die geschäftlichen Verwicklungen des langjährigen Alpine-Energie-Geschäftsführers mit der **HSS Solutions**. Dieser Energiedienstleister gehörte zunächst der Frau Schnitzhofers und nunmehr der vom Ehepaar geschaffenen Privatstiftung. Die beiden führen auch die Geschäfte, Helmut Schnitzhofer laut Firmenbuch erst seit Jänner 2012.

Schnitzhofer, so der Vorwurf, soll der HSS jahrelang Aufträge zu-



Helmut Schnitzhofer Foto: Alpine Energie

geschätzt und die Alpine Energie dadurch geschädigt haben. Die HSS habe sich demnach als Auftragnehmer der Alpine und Auftraggeber für Subunternehmen zwischengeschaltet und mitverdient.

Im Gespräch mit den OÖNachrichten bestätigt Schnitzhofer, dass es Geschäftsbeziehungen zwischen Alpine Energie und HSS Solutions gegeben hat. „Das war kein Geheimnis und es war auch vom Aufsichtsrat abgesehen. Ich habe die Alpine Energie mit aufgebaut und habe es nicht notwendig, mir illegal ein Zusatzeinkommen zu beschaffen“, sagt der Unternehmer auf Anfrage der OÖNachrichten.

ten. Was ihm genau vorgeworfen werde, wisse er nicht. „Wir können aber alles offenlegen.“

Die Staatsanwaltschaft Linz bestätigt, dass bei ihr eine Anzeige der Alpine eingegangen sei und dass es um einen siebenstelligen Betrag gehe. „Wir prüfen derzeit, ob Ermittlungen eingeleitet werden“, sagt der Sprecher der Staatsanwaltschaft Linz, **Philip Christl**.

Die Alpine Energie mit Sitz in Linz ist derzeit noch Teil des Alpine-Konzerns. Sie soll im Rahmen der Sanierung der angeschlagenen Alpine verkauft werden. Die Verhandlungen mit Interessenten laufen.

WIRTSCHAFT
VERTRAULICH
VON
DIETMAR MASCHER